

Überblick

3/2016

“Angst essen Seele auf”

- ▶ **Angst-Traum “Angst-Raum”
Über den Erfolg der AfD, “die Ängste der Menschen” und die Versuche, sie “ernst zu nehmen”**
- ▶ **Angst als Thema einer rassismuskritischen Bildungsarbeit**

Inhalt

Schwerpunkt:

„Angst essen Seele auf“

- Angst-Traum „Angst-Raum“ Über den Erfolg der AfD, „die Ängste der Menschen“ und die Versuche, sie „ernst zu nehmen“ Floris Biskamp	3
- Angst als Thema einer rassismuskritischen Bildungsarbeit Anne Broden	10
Literatur und Materialien	14

Impressum

Der *Überblick* erscheint vierteljährlich, ist kostenlos und wird herausgegeben vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in NRW (IDA-NRW), Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, Fax: 02 11 / 15 92 55-69, Info@IDA-NRW.de
www.IDA-NRW.de

Unter <http://www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/> ist der *Überblick* auch im pdf-Format herunterzuladen.

Redaktion: Anne Broden

Der *Überblick* und IDA-NRW werden gefördert durch das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen.

Einsendeschluss von Nachrichten und Veranstaltungshinweisen für 4/2016: 01.12.2016

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

„Angst essen Seele auf“, so der Titel eines Films von Rainer Werner Fassbinder, der 1974 in die Kinos kam. Er erzählt von dem ungleichen Paar Emmi und Ali, die über alle Konventionen hinweg heiraten und denen ihr soziales Umfeld mit Unverständnis und rassistischen Ressentiments begegnet, seien es die lästernden Kolleginnen, die Familienangehörigen, der Ladenbesitzer. Mit der Zeit scheinen sich die gesellschaftlichen Ressentiments zu verlieren, stattdessen rücken die Konflikte zwischen den Protagonist_innen in den Fokus der Betrachtung: die Exotisierung und Herabwürdigung Alis durch seine Frau Emmi, aber auch die mangelnde Solidarität des jüngeren Mannes mit der älteren Frau.

Fassbinder hat mit diesem Film ein Thema angesprochen, das 1974 nur selten im deutschen Film aufgegriffen wurde: die Liebe und Ehe zwischen sog. Mehr- und Minderheitsangehörigen. Auch wenn dieses Phänomen heute zur Normalität in der Migrationsgesellschaft gehört, so erleben sog. bi-nationale Paare doch immer noch gesellschaftlichen Druck, Rassismus, Unverständnis und Exotisierung, wie sie bereits in dem Film zum Thema gemacht werden.

Mir fiel dieser Filmtitel ein, als ich über das Thema dieser Aussage des *Überblicks* nachdachte. Die Angst isst die Seele derer auf, die sich von der geschürten Angst instrumentalisieren lassen, die an die konstruierten Gefahren glauben und mit entsprechenden Ressentiments und Projektionen denen begegnen, von denen die vermeintliche Gefahr ausgeht.

Die bewusst erzeugte Angst wirkt sich aber auch negativ auf die gesamte Gesellschaft aus, die Gefahr läuft, angesichts dieser Angst die eigenen Grundrechte zu beschneiden, sich zu verbarrikadieren und die eigene Seele dem Teufel, der da „Sicherheit“ und „Wohlstand“ heißt, zu verkaufen, ohne dabei zu bedenken, dass die Beschneidung der fundamentalen gesellschaftlichen Rechte nicht nur die *Anderen* trifft, sondern die gesamte Gesellschaft in ihrem Kern. Nicht zuletzt aber sind es die angeblichen Gefährder_innen, die unter den von Rechtspopulist_innen und extrem Rechten geschürten Ängste und Projektionen zu leiden haben, denn ihnen wird mit rassistischen Ressentiments, mit Hass und mit Gewalt begegnet. Die in den vergangenen Monaten zahlenmäßig explodierten Anschläge und Übergriffe auf Geflüchtete, sog. Migrant_innen und people of color machen deutlich, wer den höchsten Preis für dieses „Geschäft mit der Angst“ zu zahlen hat.

Herzliche Grüße, Anne Broden

Schwerpunkt: „Angst essen Seele auf“

Der erste Artikel dieses Überblicks beschreibt die Funktionsweise der Angst-Politik, wie sie von der rechtspopulistischen AfD betrieben wird, und zeigt auf, wie und bei welchen Menschen diese Politik verfangen kann. Darüber hinaus thematisiert der Autor Fallstricke eines vorschnellen Ernst-Nehmens dieser Ängste.

Der zweite Beitrag umreißt Ansätze einer rassistisch-kritischen Bildungsarbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen und plädiert dafür, die eigentlich Betroffenen der Angstpolitik nicht aus den Augen zu verlieren.

Angst-Traum „Angst-Raum“ Über den Erfolg der AfD, „die Ängste der Menschen“ und die Versuche, sie „ernst zu nehmen“

Floris Biskamp

„Die Angsträume werden größer in unserem Land. Gerade für blonde Frauen werden sie leider immer größer. Und das im eigenen Land, liebe Freunde! Das ist unerträglich!“ (Höcke zit. n. Knappertsbusch 2017). Dies verkündete der thüringische AfD-Landessprecher Björn Höcke im Herbst 2015 bei einer Rede in Erfurt, die in Ausschnitten prominent in der ARD-Sendung Günther Jauch wiedergegeben wurde. Mit dem Begriff der ‚Angsträume‘ greift er dabei ein gängiges Motiv rechter Propaganda auf. Dieses taucht auch auf einem Plakat auf, mit dem die rechtsextreme Regionalpartei Pro NRW bei den nordrheinwestfälischen Kommunalwahlen 2014 warb. Zwei Drittel des Plakates nimmt der etwas holprige Reim „Angstraum Stadt – Wir haben’s satt!“ ein (Pro NRW 2014). Illustriert wird dieser Spruch bemerkenswerterweise durch das Symbol einer durchgestrichenen Moschee, mit dem die rechtsextreme Partei schon Jahre zuvor gegen die Pläne zur Errichtung der Ditib-Großmoschee in Köln-Ehrenfeld mobilisiert hatte.

Diese beiden Beispiele stehen stellvertretend für eine rechtsextreme und rechtspopulistische Strategie, die Angst in das Zentrum der politischen Mobilisierung stellt. Die Propaganda beruft sich darauf, dass ‚die Menschen‘ Angst haben und man daher etwas gegen diejenigen unternehmen müsse, vor denen ‚die Menschen‘ Angst haben. Denn wie in den beiden Beispielen geht es bei den Ängsten, auf die sich die rechte Propaganda beruft, zumeist nicht um beliebige Ängste, sondern spezifisch um Ängste vor Anderen. Wenn Höcke von Angsträumen ‚für blonde Frauen‘ ‚im eigenen Land‘ spricht, impliziert er, dass in diesen

Räumen ein blondes deutsches ‚Wir‘ vor weniger blonden, weniger deutschen Anderen Angst hat und dass insbesondere die weiblichen Mitglieder dieses ‚Wir‘ betroffen sind. Der politische Kontext der Rede legt nahe, dass Höcke die Bedrohung für real hält und es sich bei diesen furchteinflößenden Anderen insbesondere um die 2015 nach Deutschland gekommenen Geflüchteten und andere ‚Ausländer‘ handelt. Indem Pro NRW den ‚Angstraum Stadt‘ durch eine Moschee symbolisiert, wird deutlich, dass es um eine Angst vor Musliminnen¹ oder dem Islam geht.

Als Reaktion auf diese im Wahljahr 2016 ausgesprochen erfolgreiche Propaganda der Angst heißt es von Politikerinnen aus Union und SPD immer wieder, man müsse ‚die Ängste der Menschen ernst nehmen‘.

Dies tue ich im Folgenden zumindest in dem Sinne, dass ich ‚die Ängste der Menschen‘ und die mit ihnen betriebene Politik als Gegenstand ernst nehme. Dabei lege ich zuerst dar, inwieweit es sich bei den von der rechtspopulistischen Propaganda behaupteten Ängsten um eine empirisch messbare Realität handelt und in welchem Zusammenhang sie zum Wahlverhalten stehen (1). Daraufhin diskutiere ich zunächst, inwieweit es Gründe für (diese) Ängste gibt (2) und lege dann dar, dass die Mobilisierung der Ängste unabhängig davon eindeutig irrationale Züge trägt (3). Anschließend nehme ich zwei Perspektiven auf die politische Mobilisierung der Ängste ein – zum einen eine sozialpsychologische Perspektive, die den Fokus darauf richtet, welche Neigungen in den Einzelnen dieser Mobilisierung entgegenkommen (4 und 5), zum anderen eine rassistisch-kritische Perspektive, die die Frage in den Mittelpunkt rückt, wessen Ängste mit welchen sozialen Effekten mobilisiert werden (6). Vor diesem Hintergrund schließe ich den Artikel mit Überlegungen darüber, was es heißt, wenn Politikerinnen der ‚Mitte‘ ‚die Ängste der Menschen ernst nehmen‘ (7).

1. Ängste, Sorgen und Wahlverhalten

Die von der rechten Propaganda angesprochenen Ängste sind real. Tatsächlich bestätigen Meinungsforscherinnen immer wieder, dass in der deutschen Bevölkerung diverse Ängste verbreitet sind (vgl. Gathmann 2016).

Auch die beiden von der AfD zuletzt besonders prominent angesprochenen Ängste vor ‚Flüchtlingen‘ und ‚dem Islam‘ sind empirisch messbar (vgl. Küpper/Zick 2016; Decker/Eggers/Kiess/Brähler 2016). Obwohl diese Einstellungen teils als ‚Islamophobie‘ oder ‚Xenophobie‘ bezeichnet und so in die Nähe psychischer Angststörungen gerückt

¹ Der Einfachheit halber verwende ich das generische Femininum. Wenn es der Kontext nicht anders impliziert, schließen weibliche Formen alle ein, unabhängig davon, ob sie sich als weiblich identifizieren. Männer sind mitgemeint.

werden, lassen sie sich freilich nicht auf Angst vor den Anderen reduzieren. Nichtsdestotrotz spielen diffuse ‚Ängste‘ vor dem Verlust des ‚Eigenen‘ durch zu viele ‚Fremde‘ eine Rolle, wenn 50 % der Probandinnen in der Mitte-Studie von 2016 der Aussage „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ zustimmen (vgl. Decker/Eggers/Kiess/Brähler 2016, 50). Den seit 2002 im Zweijahresrhythmus erhobenen Studien zufolge schwankte die Verbreitung ‚ausländerfeindlicher Einstellungen‘ im Laufe des Untersuchungszeitraums zwischen 18,1 und 26,9 % (Tendenz leicht abnehmend), die ‚islamfeindlicher Einstellungen‘ zwischen 30,2 und 50,0 % (Tendenz deutlich zunehmend) und die eines ‚geschlossen rechtsextremen Weltbildes‘ zwischen 5,4 und 10,1 % (Tendenz abnehmend) (vgl. Decker/Eggers/Kiess/Brähler 2016, 43-50). Negative Einstellungen gegenüber Geflüchteten hegt etwa die Hälfte der ‚Mehrheitsbevölkerung‘ (vgl. Kupper/Zick 2016, 16).

Vor dem Hintergrund dieser Forschungsergebnisse überrascht weniger der jetzige Erfolg der AfD als vielmehr die Tatsache, dass es in der Bundesrepublik bis dato noch keine derartig erfolgreiche rechte Partei gegeben hat. Tatsächlich scheint es, als sei die AfD schlicht die erste Partei, der es gelingt, dieses in der Bevölkerung schon lange bestehende Einstellungspotenzial politisch zu mobilisieren und in Wahlerfolge umzusetzen. Wählerinnenbefragungen zeigen, dass eben diese ablehnenden Einstellungen gegenüber Geflüchteten und Musliminnen eng mit der Wahlentscheidung für die AfD verknüpft sind (vgl. Tagesschau 2016a; 2016b; 2016c).

2. Gründe zur Sorge

Auch wenn ökonomische Versorgungslage und politische Stabilität in der Bundesrepublik im historischen und globalen Vergleich betrachtet gegenwärtig ausgesprochen positiv ausfallen, auch wenn die Kriminalstatistik keinen akuten Anstieg von Gewalt- und Straßenkriminalität belegt, der eine Rede von einem ‚immer größer werdenden‘ ‚Angstraum Stadt‘ rechtfertigen würde (vgl. Bundesministerium des Innern 2016), können die Einzelnen in Deutschland durchaus begründet Angst haben.

Dies gilt insbesondere für diejenigen Milieus, die ökonomisch von einer zunehmenden Prekarisierung und politisch von einer „Krise der Repräsentation“ (Reif-Spirek 2016) betroffen sind. Letztere begann damit, dass sich die europäische Sozialdemokratie in den 1990ern neu aufgestellt hat, in Deutschland versinnbildlicht durch die von Gerhard Schröder beschworene ‚Neue Mitte‘. Damit einher gingen zunächst Wahlerfolge, andererseits aber auch politische Maßnahmen, aufgrund derer sich traditionell sozialdemokratische Milieus zu Recht nicht mehr durch die SPD vertreten fühlen. Paradigmatisch hierfür sind die Hartz-Reformen,

die die Prekarisierung insbesondere unterer Einkommensschichten vorantrieben und die Situation von Arbeitslosen verschlechterten. Eben diese Milieus wählen heute überproportional oder gar mehrheitlich rechtspopulistisch.² Vergleichbares hat sich am rechten Rand der CDU ereignet. Zwar war Angela Merkels Modernisierung der Partei in ‚weichen‘ Fragen über Jahre hinweg mit großen Erfolgen an der Wahlurne verbunden, gleichzeitig entfremdete die CDU mit diesem Weg in die ‚Mitte‘ konservative Milieus. Die Arbeiterinnenmilieus und konservativen Milieus können zu Recht Angst haben, dass ihre Stimmen in den Parteien, die sie traditionell vertraten, kein Gewicht mehr haben. Dieses Gefühl, in der Politik keine Stimme zu haben und von den anderen Parteien nicht repräsentiert zu werden, ist Wählerinnenbefragungen zufolge eine Grundlage für den Erfolg der AfD (vgl. Tagesschau 2016b; 2016g).

Auch in Bezug auf ‚Flüchtlingskrise‘ oder ‚Islam‘ ist nicht jede Angst der ‚Mehrheitsbevölkerung‘ völlig aus der Luft gegriffen. Zwar ist es plausibel, dass auch massenhafte Einwanderung die ökonomische Lage der Bestandsbevölkerung langfristig verbessert, weil die Binnennachfrage steigt und die Neuankömmlinge zunächst in die niedrig entlohnten Stellen einsteigen, so dass sich für die Bestandsbevölkerung in einem expandierenden Arbeitsmarkt Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Da wir nach Keynes‘ bekanntem Diktum jedoch auf lange Sicht alle tot sind, ist es aus der partikularen Perspektive insbesondere unterer Einkommensschichten durchaus instrumentell-rational, wenn sie kurzfristig denken und sich vor Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und dem darauf beruhenden verschärften Lohndruck fürchten. Eine ähnliche Konkurrenzsituation existiert auf dem Wohnungsmarkt: Bestand schon vor der ‚Flüchtlingskrise‘ ein Mangel an günstigem Wohnraum in Großstädten, erhöhen die Neuangekommen gerade hier die Nachfrage erheblich, so dass sich die ohnehin angespannte Marktlage nochmals verschärft. Freilich wären für diese Konkurrenzsituationen vernünftigerweise nicht die Geflüchteten, sondern die Wirtschafts- und Wohnungsbaupolitik verantwortlich zu machen. Jedoch führt die Zuwanderung tatsächlich zu einer Konkurrenz und somit Verschlechterung für Teile der Bestandsbevölkerung, so dass eine liberale Migrationspolitik nicht in deren partikular-instrumentellem Interesse liegt.

In Bezug auf die Angst vor Islam und Musliminnen ist zwar kaum einzusehen, dass die Abstraktion ‚der Islam‘ eine Bedrohung für die durchschnittlichen AfD-Wählerinnen darstellt; manches, was mit ‚dem Islam‘ in Zusammenhang steht, kann je-

² Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus gewann die AfD sowohl unter Arbeiterinnen (28 %) als auch unter Arbeitslosen (22 %) mehr Stimmen als alle anderen Parteien – sonst aber in keiner Berufsgruppe (Tagesschau 2016e). In Mecklenburg-Vorpommern gewann sie auch unter Selbstständigen (Tagesschau 2016d).

doch sehr wohl als problematisch gelten. Die vielzitierten Statistiken darüber, welche Todesursachen um ein vielfaches wahrscheinlicher sind als ein Tod durch einen djihadistischen Terroranschlag, können angesichts der Massenmorde von Paris und Brüssel nicht darüber hinwegtäuschen, dass islamistischer Terrorismus auch in Mitteleuropa eine reale Bedrohung darstellt. Besonderen Grund zur Furcht haben dabei Jüdinnen. Nicht nur gab es in den letzten Jahren eine ganze Serie von antisemitischen islamistischen Massakern in Europa – Toulouse, Burgas, Brüssel, Paris, Kopenhagen –, auch die antiisraelischen Demonstrationen im Sommer 2014 waren klar islamistisch und antisemitisch aufgeladen. Ebenfalls nachvollziehbar sind feministische Befürchtungen vor einem islamischen Beitrag zu einem kulturellen Backlash, bei dem in den letzten Jahrzehnten erkämpfte Fortschritte rückgängig gemacht werden. Dies ist etwa zu fürchten, wenn Islamverbände, deren Geschlechterpolitik konservativer ist als die der großen christlichen Kirchen in Deutschland, Islamunterricht an deutschen Schulen mitgestalten sollten.

Diese zumindest partikular-instrumentell rationalen oder gar emanzipatorischen Grundlagen für Ängste oder Sorgen dürften einen gewissen Beitrag dazu leisten, dass in der Öffentlichkeit eine massive Fokussierung auf die Themen ‚Flüchtlingspolitik‘ und ‚Islam‘ besteht, was wiederum den Boden für die Angst-Kampagnen der AfD bereitet. Allerdings sollte der rationale Anteil nicht überbewertet werden. Wären die Debatten rational, würde sehr viel mehr über Arbeitsmarktpolitik, Wohnungsbau, Antisemitismus und Geschlechterpolitik im Allgemeinen gesprochen und sehr viel weniger über die gesellschaftlich relativ marginalen Musliminnen und Geflüchteten. Dafür, dass aus einer Angst vor Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt Ablehnung oder gar Hass gegen die neu angekommenen Menschen selbst wird, bedarf es eines zusätzlichen Schritts der Personifizierung und Rassifizierung. Dass dieser Schritt vollzogen wird, ist sozialpsychologisch durchaus wahrscheinlich, rational zu rechtfertigen ist es jedoch nicht.

3. Angst ohne Gründe

Wie sehr die von der rechten Propaganda beschworenen Ängste von den Realitäten, auf die sie sich berufen, entkoppelt sind, erkennt man schon daran, dass die Behauptung einer liberalen Flüchtlingspolitik und hoher Geflüchtetenzahlen, mit der Wählerinnen ihre Entscheidung für die AfD begründen (vgl. Tagesschau 2016b; 2016e), kaum in Einklang mit der Realität zu bringen sind. Seit dem Herbst 2015 ist die deutsche Asylpolitik äußerst rigide und die Zahl der neu ins Land gekommenen dementsprechend stark gesunken. Für die Wahlerfolge der AfD ist das kein Hinder-

nis, wie die diesjährigen Wahlerfolge bei Landtagswahlen zeigen.

Dass die oben genannten antisemitismuskritischen oder feministischen Befürchtungen, die man in Bezug auf den Islam hegen könnte, wenig mit den Ängsten der AfD-Wählerinnen zu tun haben, zeigt ein Blick auf die geschlechterpolitischen Positionen der AfD sowie auf die sich in dieser Partei häufenden Fälle von manifestem Antisemitismus. Keines von beidem scheint die Wahlentscheidung für diese Partei nachhaltig zu behindern.

Die Irrationalität der Ängste ist auch am eingangs zitierten Plakat zu erkennen. Man kann es den Einzelnen nicht verdenken, wenn sie in bestimmten Stadtvierteln Angst haben – Stadtviertel mit hoher Kriminalitätsrate gibt es, solange es Großstädte und Kriminalität gibt. Dass die Angst vor dem ‚Raum‘ Stadt aber ausgerechnet durch das Bild einer Moschee symbolisiert werden soll, ist rational kaum zu erklären. Der Angst-Raum ist ein Angst-Traum.

Wie wenig sich die rechtspopulistische Propaganda der Angst letztlich um rationale Gründe schert, zeigt sich, wenn die Propagandistinnen mit den Lücken ihrer Argumentation konfrontiert werden. Eine perfekte Illustration lieferte der republikanische Politiker Newt Gingrich in einem CNN-Interview anlässlich des Parteitages, bei dem seine Partei Donald Trump als Präsidentschaftskandidaten nominierte. Angesprochen darauf, dass der von Trump in seiner Parteitagrede behauptete Zerfall der öffentlichen Sicherheit mit der Realität einer sinkenden Rate von Gewaltverbrechen kaum in Einklang zu bringen sei, versuchte Gingrich erst gar nicht ernsthaft, die These einer Zunahme von Verbrechen zu belegen. Vielmehr berief er sich darauf, dass eine Mehrheit der Bevölkerung das Gefühl habe, dass eine solche Zunahme vorliege. Dieses Gefühl bezeichnete er dann wiederum als ein Faktum, das man nicht leugnen könne. Die Tatsache, dass Menschen Angst haben, gilt dann als Legitimation dafür, die Maßnahmen gegen die fiktiven Gründe für diese unbegründete Angst einzufordern.³ Ganz ähnlich klingt das Argument, mit dem François Pinatel, Bürgermeister des französischen Badeortes Ville-neuve-Loubet, das in seiner Gemeinde verhängte Burkini-Verbot begründet. Anders als manchen linken oder liberalen Befürworterinnen des Verbots geht es ihm weniger um Frauenrechte oder Gleichberechtigung als vielmehr um ‚die Ängste der Menschen‘: „Es geht um das Gefühl der Menschen. Und die fühlen sich nun mal nicht sicher, wenn sie irgendwo hingehen und etwas sehen, das sie für islamistisch halten könnten“ (Pinatel zit. n. Tagesschau 2016f). Dass es bislang keinerlei Hinweise darauf gab, dass Frauen, die mit Burkini im Mittelmeer baden, in irgendeinem Kon-

³ Für eine kritische Darstellung s. Oliver (2016).

takt zu djihadistischen Terrororganisationen stehen – von denen man kaum erwarten kann, dass sie badende Frauen überhaupt gutheißen –, kann da kein Gegenargument sein.

Auch den theoretisch plausiblen und durch die Vorurteilsforschung bestätigten Zusammenhang, dass Ängste vor sozialem Abstieg mit ablehnenden Einstellungen gegenüber rassifizierten Gruppen korrelieren (vgl. Küpper/Zick 2016, 22-27), sollte man sich nicht allzu schlicht vorstellen. Reale ökonomische Konkurrenz ist ein Teil des Problems; Rassismus und durch rassistische Propaganda erzielte Wahlerfolge allein auf sie zurückzuführen, würde aber das Problem verharmlosen und rationalisieren. Um den sehr viel komplexeren Zusammenhang zwischen sozialer Struktur, Vorurteil und Rassismus zu erkennen, ist eine Auseinandersetzung mit sozialpsychologischen Autoritarismustheorien hilfreich.

4. Sozialpsychologische Perspektive: Autoritarismus und Vorurteil

Die Theorien des Autoritarismus entstanden Mitte des 20. Jahrhunderts mit dem Ziel, den Aufstieg und die massenhafte Anhängerschaft faschistischer Bewegungen zu erklären. Diese bleiben unerklärlich, wenn man von im liberalen oder marxistischen Sinne rationalen Subjekten ausgeht, die ihre individuellen oder kollektiven Interessen im Sinn haben (vgl. Adorno 1973 [1950]; Decker/Kiess/Brähler 2013; Milbradt 2017).

Vor dem Hintergrund gesellschaftstheoretisch eingebetteter psychoanalytischer Theoreme setzen autoritarismustheoretische Ansätze bei der Annahme an, dass die Einzelnen die widersprüchlichen Anforderungen der modernen Gesellschaft verarbeiten müssen – heute zum Beispiel die besonderen Bedingungen einer zunehmenden Prekarität des Arbeitslebens. Diese Verarbeitung geschehe auf unterschiedliche Weise, denen unterschiedliche Charaktertypen entsprechen. Insbesondere der autoritäre Typus wird mit dem Aufstieg des Faschismus in Verbindung gebracht.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass dieser autoritäre Charakter die Widersprüche und Unsicherheiten moderner Gesellschaft durch eine Sehnsucht nach einem starken Kollektiv verarbeitet, in dem er identisch aufgehen will, sowie nach Führerfiguren, die dieses Kollektiv repräsentieren und denen er sich unterordnen kann. Weil solche Kollektive jedoch keine vorab existierenden Realitäten sind und keine reale Substanz haben, können sie nur in Abgrenzung gegen Andere gefasst werden. Was deutsch ist, kann nur in Abgrenzung gegen das definiert werden, was nicht deutsch ist. Auf diese Anderen, gegen die das ‚eigene‘ Kollektiv abgegrenzt wird, projiziert das autoritäre Subjekt zugleich alle gefährlichen oder unerwünschten Eigenschaften, die es im eigenen Kollektiv und bei sich selbst sehen will – Faulheit, Dummheit, Kriminalität etc. Als vermeintliche Trä-

gerinnen dieser Eigenschaften werden die Anderen dann einerseits gehasst und gefürchtet; andererseits kann der autoritäre Charakter ohne diese Anderen gar nicht existieren und braucht sie daher, um bestehen zu können.

Die Ursachen für die autoritäre Angst vor den Anderen – vor Geflüchteten, Musliminnen etc. – liegen demnach ebenso wenig bei diesen Anderen und ihrer realen Andersartigkeit wie in realen Konkurrenzsituationen begründet – wenn letztere auch zur Verschärfung beitragen können. Stattdessen sind die Ursachen bei denjenigen zu suchen, die die Angst verspüren. Das Problem ist nicht eine reale angstausslösende Differenz zwischen verschiedenen kulturellen Gruppen, das Problem ist das identitäre Bedürfnis der Angsthabenden nach gefährlichen Anderen, gegen die man sich abgrenzen kann. Die Angsthabenden brauchen irgendwelche Anderen, auf die sie ihre Ängste abladen und projizieren können. Wenn es keine Geflüchteten oder Musliminnen gäbe, vor denen sie Angst haben können, müssten sie entweder welche erfinden oder sich andere Objekte suchen.

5. Sozialpsychologische Perspektive: Paranoia und Propaganda

Bei der Suche nach Gruppen, vor denen sie Angst haben können, gehen die autoritären Subjekte zwar nicht rational im Sinne einer ergebnisoffenen Prüfung von Annahmen vor, jedoch werden zu meist Objekte gesucht, bei denen die Zuschreibungen vor dem Hintergrund herrschender Debatten einen ersten Anschein von Plausibilität vermitteln können. Angesichts der ‚Islamdebatten‘ und ‚Flüchtlingsdebatten‘ der letzten Jahre, ist es wenig verwunderlich, dass die in diesem Zusammenhang thematisierten und sich einander überschneidenden Gruppen heute im Fokus der öffentlich geäußerten Projektionen stehen. Die Funktion rechtspopulistischer Agitation besteht darin, diese Ängste und Projektionen an die Oberfläche zu holen, zu aktivieren, zu verstärken, zu bündeln und zu strukturieren.

Leo Löwenthal bezeichnet rechte Agitation als „umgekehrte Psychoanalyse“ (zitiert nach Dubiel 1986, 42): Während die Psychoanalyse darauf ziele, irrationale Ängste dem Subjekt als solche kenntlich zu machen und durch Reflexion ihrer vorbewussten Grundlagen zu überwinden, um das Subjekt somit mündig werden zu lassen, ziele die rechte Agitation darauf, die Grundlage dieser Ängste im Dunklen zu lassen, die Ängste so aufrechtzuerhalten, zu verstärken und das Subjekt unmündig zu halten.

Die rechte Propaganda aktiviert die Ängste nicht nur, sie arbeitet auch an ihrer Strukturierung und Politisierung. Hätten die Einzelnen nur ihre je individuellen, zufällig verteilten Ängste vor diversen Gruppen, wäre das politisch wohl relativ folgenlos. Damit die Ängste politisch relevant und in Wahler-

folge umgesetzt werden können, müssen sie in gewissem Maße synchronisiert und strukturiert werden: Möglichst viele Menschen müssen ähnliche Ängste vor denselben Gruppen hegen.

Solche Konstruktions- und Synchronisierungsprozesse würden in gewissem Maße auch ‚naturwüchsig‘ ablaufen. Wenn sich verschiedene Menschen über die Welt und ihre Ängste austauschen, ist zu erwarten, dass sich Übereinstimmungen nicht bloß finden, sondern herstellen und verstärken lassen, so dass man sich in Bezug auf bestimmte Ängste vor bestimmten Gruppen einigt. Das Handwerk rechtsextremer und rechtspopulistischer Agitatorinnen besteht darin, diese Prozesse strategisch voranzutreiben und die Projektionen für bestimmte Zeit gezielt auf bestimmte Gruppen zu lenken – etwa indem man per Wahlplakat daran erinnert, dass es Musliminnen sind, die die Stadt zum ‚Angstraum‘ machen.

Ein Beispiel für eine solche Strategie ist das 2016 beschlossene Grundsatzprogramm der AfD. Nachdem die Partei Anfang 2015 am Rande der Bedeutungslosigkeit stand, haben ihr die ‚Flüchtlingskrise‘ und die mit ihr verbundenen Ängste neues Leben eingehaucht. Als 2016 ein neues Grundsatzprogramm beschlossen werden sollte, entschied man strategisch, eine weitere Angst prominent einzubeziehen, nämlich die vor dem Islam. Nicht zufällig wählte die Partei damit wieder ein Thema, mit dem sie bestehende Ängste und Ressentiments gegen eine bestimmte Gruppe aktivieren und dabei eine Anknüpfung an gegenwärtige Diskurse herstellen kann. Dass es sich hier um eine bewusste Strategie handelt, geht aus geleakten Emails hervor, durch die der Programmentwurf schon vorab an die Öffentlichkeit gelangte. In einer Email der stellvertretenden AfD-Vorsitzenden Beatrix von Storch an den Vorstand heißt es, „dass ‚der Islam das brisanteste Thema des Programms überhaupt‘ und für die ‚Außenkommunikation‘ am besten geeignet sei. ‚Asyl und Euro sind verbraucht, bringen nichts Neues‘, so Storch weiter. ‚Die Presse wird sich auf unsere Ablehnung des politischen Islams stürzen wie auf kein zweites Thema des Programms.““ (Spiegel Online 2016 mit Zitaten von Storch).

Dabei versorgen die Propagandistinnen die autoritären Charaktere zugleich mit ‚Argumenten‘ für ihre Ängste. Die psychische Konstitution dieser Subjekte macht sie besonders empfänglich für Propaganda und Hetze. Denn ist das Angst-Objekt einmal gefunden, setzt bei den autoritären Subjekten eine ausgesprochen einseitige Realitätsprüfung ein, die Parallelen zu paranoiden Denk- und Schlussweisen aufweist: Beweise für den furchteinflößenden und gefährlichen Charakter von Musliminnen oder Geflüchteten werden so sehr gesucht, dass jeder noch so unplausible Hinweis unmittelbar als Beleg gilt, während widersprechende Informationen schlicht ausgeblendet

werden.⁴ Begünstigt werden solche Prozesse durch die Filterblasen sozialer Medien, in denen die Einzelnen soziale Realität primär durch die Postings gleichgesinnter Kontakte wahrnehmen, so dass sie äußerst selektiv mit Informationen versorgt werden (vgl. Gensing 2016). Indem die Agitatorinnen ihrer Klientel immer neue ‚Beweise‘ für ihr Weltbild liefern, verstärken sie diesen Prozess. Propaganda und Paranoia kommen einander entgegen.

Durch solche Strategien präsentiert sich die rechte Agitatorin zugleich als Repräsentantin und Retterin des eigenen Kollektivs. In sie soll die Bevölkerung die Hoffnungen legen, dass die Gefahren, vor denen man sich fürchtet, abgewehrt werden. Erreicht werden soll dies durch diskriminierende Maßnahmen gegen die Anderen – etwa durch Eingriffe in die Ausübung des Islam in Deutschland oder eine noch restriktivere Politik gegenüber Geflüchteten.

Betrachtet man das Problem der politischen Aktivierung von Ängsten aus einer solchen sozialpsychologischen Perspektive, handelt es sich um ein recht allgemeines Phänomen, das sich in verschiedenen Bevölkerungsgruppen wiederfindet. Tatsächlich existieren in diversen Gruppen vergleichbare Ängste, die durch je eigene Agitatorinnen geschürt werden. Während AfD und andere Ängste vor ‚dem Islam‘ mobilisieren, gibt es spiegelbildlich eine islamistische Agitation, die unter der muslimischen Bevölkerung Ängste vor einem allgemeinen ‚Krieg gegen den Islam‘ schürt, dem man begegnen müsse⁵ – nicht selten gepaart mit einer antisemitischen Feinderklärung.

Ein solcher Blick auf Islamismus und islamistische Propaganda ist aufschlussreich und wichtig, denn auch von ihnen gehen erhebliche Gefahren aus.⁶ Ein allein sozialpsychologischer Blick würde jedoch dazu neigen, diese Ähnlichkeiten zwischen islamistischer und antiislamischer Propaganda zu überzeichnen und Asymmetrien auszublenden. Um die Asymmetrien zu erfassen bedarf es einer spezifisch rassismuskritischen, diskurs- und machtanalytischen Perspektive.

6. Rassismuskritische Perspektive: Angst, Normalität und Macht

Die mit dieser Perspektive⁷ zu erfassenden Asymmetrien lässt sich an zwei Phänomenen erken-

⁴ Ausführlich zu paranoider Schlussweise und Rechtspopulismus s. van Raden (2017).

⁵ Für ein Beispiel s. Biskamp/Hößl (2015).

⁶ Am augenscheinlichsten sind wohl deutsche Djihadistinnen, die sich in Syrien und dem Irak an der genozidalen Politik des IS beteiligen, aber auch eine repressive Geschlechter- und Sexualpolitik innerhalb einiger muslimischer Milieus sowie die Unterstützung der AKP, die unter türkischen Staatsbürgerinnen in Deutschland einen höheren Stimmenanteil erhält als in der Türkei, zählen dazu.

⁷ Ich beziehe mich hier auf das erweiterte Rassismusverständnis wie es in Deutschland seit den 1990ern verbreitet ist, s. z. B. Rommelspacher (1995) und Terkessidis (2004).

nen: Zum einen an den Reaktionen, die das jeweilige (Wahl-)Verhalten im offiziellen Diskurs auslöst, zum anderen an ihren sozialen Konsequenzen in einem breiteren Sinne.

Auch wenn in Deutschland lebende türkische Staatsbürgerinnen mit der islamistischen AKP und der türkisch-nationalistischen MHP ebenfalls in großem Stil Parteien wählen, die man als ‚rechts-populistisch‘ oder ‚rechtsextrem‘ bezeichnen könnte, hat dies ebenso wenig wie islamistische Umtriebe dazu geführt, dass Politikerinnen von Union und SPD meinen, man müsse ‚die Ängste‘ dieser Menschen ‚ernst nehmen‘ – viel eher wird dann Loyalität zu Deutschland verlangt. ‚Die Menschen‘, um deren ‚Ängste‘ es geht, sind nur die Wählerinnen dezidiert deutscher rechter Parteien. Dass die eigenen ‚Ängste‘ von den Volksparteien ‚ernst genommen‘ werden, ist also ein weißes Privileg. Die in Deutschland lebenden Anhängerinnen Höckes werden ‚ernst genommen‘, die Erdoğan zur Disziplin gerufen.

Diese unterschiedliche Thematisierung hängt zum einen mit verbreiteten Normalitätsvorstellungen zusammen. Die Vorstellung eines deutschen Volkes, zu dem eine weiße AfD-Anhängerin mehr gehört als eine türkeistämmige Islamistin, ist kein Alleinstellungsmerkmal des rechten Randes, sondern weit verbreitet. Zum anderen hängt die unterschiedliche Thematisierung mit Macht- und Mehrheitsverhältnissen zusammen: Der Personenkreis, auf dessen Mobilisierung die AfD zielt, ist in Deutschland wahlberechtigt und groß genug, um die parlamentarischen Mehrheiten in der Bundesrepublik deutlich zu verschieben, so dass die anderen Parteien sich umso mehr herausgefordert fühlen, die Ängste dieser Gruppe ‚ernst zu nehmen‘.

Diese Kombination aus weißer Norm und Machtdifferenzen bildet zunächst die Basis, auf der die AfD operiert: Gerade weil Debatten über die von ihnen als Objekt auserkorenen Anderen gesellschaftlich so verbreitet sind und weil damit gesellschaftliche Hegemonie hergestellt wird, kann die AfD so erfolgreich auftreten.

Zugleich machen weiße Norm und Machtdifferenzen das Wirken der AfD umso gefährlicher: Jenseits der Fantasie französischer Romanciers ist es kaum vorstellbar, dass konservativ-islamische Politiken ihre Normvorstellungen in westlichen Ländern in Form von Gesetzen zur allgemeinverbindlichen Norm machen, die Nichtmusliminnen diskriminiert. Andersherum arbeiten die ‚die Ängste der Menschen ernst nehmenden‘ Politikerinnen, die sich von den Erfolgen der AfD getrieben fühlen, durchaus daran, Gesetze zu erlassen, die die Kleidung von muslimischen Frauen reglementieren und den Tod von Flüchtenden an den Grenzen Europas noch wahrscheinlicher machen. Somit werden die sozialen Privilegierungen und Marginalisierungen, die die Basis für den Erfolg der

AfD bilden, durch eben diesen Erfolg zugleich verschärft.

Auch wenn also in verschiedenen Gruppen sozialpsychologisch ähnliche Projektionen und Ängste bestehen – und die Einstellungen neu in Deutschland angekommener Flüchtlinge denen von AfD-Wählerinnen durchaus ähneln (vgl. HMWK 2016) – ist die soziale Wirkmächtigkeit dieser Projektionen doch entscheidend von sozialen Normalitätsvorstellungen, Machtverhältnissen und hegemonialen Diskursen über das Selbst und das Andere bestimmt.

7. ‚Die Ängste der Menschen ernst nehmen‘

Wenn Politikerinnen der ‚Volksparteien‘ ‚die Ängste der Menschen ernst nehmen‘ wollen, läuft dies zumeist darauf hinaus, dass sie die von der rechtspopulistischen Propaganda ins Zentrum gestellten Ängste als politische Handlungsanweisung nehmen und auf die Angst vor Geflüchteten und Musliminnen durch Initiativen für Obergrenzen bei der Aufnahme von Asylbewerberinnen, für eine Umstellung ihrer Versorgung auf Sach- statt Geldleistungen sowie für Burkini- oder Burka-Verbote reagieren. Um der Herausforderung der AfD zu begegnen, macht man sich deren Forderungen zu eigen. Dies haben die CDU-Spitzenkandidaten sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch in Berlin versucht und damit jeweils historisch schlechte Wahlergebnisse erzielt.

Vor dem Hintergrund der hier formulierten Überlegungen überrascht das kaum. Wären es begründete Ängste, die Menschen zur AfD trieben, wäre diese Art des ‚Ernstnehmens‘ ein plausibler Schritt. Weil es sich bei diesen Ängsten aber größtenteils um falsche Projektionen handelt, die aufgrund eines sozialen Machtgefälles und einer Übereinstimmung mit hegemonialen Diskursen wirkmächtig werden, ist es wahrscheinlicher, dass diese Art, ‚Ängste ernst zu nehmen‘, den gegenteiligen Effekt hat: Sie lässt den Anschein aufkommen, das Irrationale sei rational, das Illegitime sei legitim und die rechten Propagandistinnen seien die Mutigen, die diese Probleme als erstes angesprochen hätten. Es ist nicht einzusehen, warum Wählerinnen vor diesem Hintergrund nicht AfD wählen sollten.

Plausibler scheint es, verschiedene Ängste auf verschiedene Weisen ernst zu nehmen: Wirklich ernst zu nehmen wären die allzu oft vergessenen Ängste nicht wahlberechtigter geflüchteter Menschen, deren Unterkünfte angegriffen und die im öffentlichen Raum Opfer von Rassismus werden. Ebenfalls im positiven Sinne ernst zu nehmen sind die rational begründbaren Ängste vor einer sich zuspitzenden Situation auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt – aber nicht durch Maßnahmen gegen Geflüchtete, sondern durch einen Streit über Wohnungsbau- und Arbeitsmarktpolitik, bei der die verschiedenen Parteien verschiedene Interessen repräsentieren und politisieren. Ängste

vor den Konsequenzen von muslimischem Antisemitismus und repressiven islamischen Geschlechternormen sind nicht durch generalisierende Debatten über ‚den Islam‘, sondern durch die Problematisierung konkreter Akteurinnen und Probleme ernst zu nehmen.

Die projektiven Ängste vor ‚dem Islam‘ und ‚den Flüchtlingen‘ sollten dagegen nur als Problem ‚ernst genommen‘, Rassismus sollte als solcher bekämpft werden. Eine der wichtigsten Maßnahmen zur Bekämpfung projektiver Ängste besteht darin, ihre öffentliche Äußerung als irrational, illegitim und menschenfeindlich zu kennzeichnen (Adorno 1970, 103). Wenn Politikerinnen diesen Ängsten durch eine Politik des ‚Ernstnehmens‘ dagegen den Anschein von Legitimität verleihen, verstärken sie sie noch. Wer die ideologischen Ängste öffentlich artikuliert, ist nicht als zu pädagogisierende Klientin des guten Staates, sondern als politische Gegnerin demokratischer Kräfte anzusprechen.

Es ist deutlich herauszustellen, dass die rechten Agitatorinnen keine Überbringerinnen schlechter Nachrichten oder Verkünderinnen unbequemer Wahrheiten sind. Die schlechten Nachrichten sind sie selbst. Denn die Situation in Ländern, wo sie wie in Polen und Ungarn an die Macht gekommen sind und versuchen, zentrale Institutionen des demokratischen Staates abzuwickeln, zeigt, dass sie eine ernstzunehmende Gefahr darstellen.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1970): Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt a. M.
- Adorno, Theodor W. (1973 [1950]): Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a. M.
- Biskamp, Floris/Hößl, Stefan (2015): Kein Antisemitismus, nirgends – aber überall neue Juden, online: <http://publikative.org/2015/02/10/kein-anti-semitismus-nirgends-aber-ueberall-neue-juden/> (20.09.16)
- Bundesministerium des Innern (2016): Polizeiliche Kriminalstatistik 2015, Berlin
- Decker, Oliver/Kiess Johannes/Brähler, Elmar (2013): Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose, Gießen
- Decker, Oliver/Eggers, Eva/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2016): Die ‚Mitte‘-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Gießen, 23-66.
- Dubiel, Helmut (1986): Das Gespenst des Populismus, in: Dubiel, Helmut (Hg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt a. M., 33-50.
- Gathmann, Florian (2016): Deutschland, Angstland, online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/allensbach-studie-deutschland-hat-angst-a-1111132.html> (09.09.16)
- Gensing, Patrick (2016): Rechte Hetze im Netz. Eine unterschätzte Gefahr, Reinbek bei Hamburg (E-Book)
- HMKW (2016): Flüchtlinge 2016. Studie der HMKW zu Demokratieverständnis und Integrationsbereitschaft von Flüchtlingen 2016, online: http://www.hmkw.de/fileadmin/media/downloads/pdfs/Publikationen/HMKW_FI%C3%BCchtlinge_2016_Studie_Ronald_Freytag_20160815.pdf (20.09.16)
- Knappertsbusch, Felix (2017): Funktionen von Feind- und Fremdbildkonstruktionen aus der Perspektive einer sprachpragmatischen Vorurteilskritik, in: Milbradt, Björn/Albrecht, Yvonne/Biskamp, Floris/Kiepe, Lukas (Hg.): Ruck nach Rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Gegenstrategien, Opladen (im Erscheinen)
- Küpper, Beate/Zick, Andreas (2016): Zwischen Willkommen und Hass. Einstellung der deutschen Mehrheitsbevölkerung zu Flüchtlingen, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 1(1), 13-32.
- Milbradt, Björn (2017): Beantwortung der Frage: Was ist (Gegen-)Aufklärung. Eine Ideologiekritik am Beispiel Pegida, in: Milbradt, Björn/Albrecht, Yvonne/Biskamp, Floris/Kiepe, Lukas (Hg.): Ruck nach Rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Gegenstrategien, Opladen (im Erscheinen)
- Oliver, John (2016): Republican National Convention: Last Week Tonight with John Oliver (July 24, 2016), online: <https://www.youtube.com/watch?v=zNdkrtfZP8I> (20.09.16)
- Pro NRW (2014): „Angstraum Stadt, Wir haben's satt!“, online: http://pro-nrw.net/pro/wp-content/uploads/2014/04/Postkarte_NRW_Angstraum.pdf (20.09.16)
- van Raden, Rolf (2017): Feindbild „Lügenpresse“. Über ein massenwirksames verschwörungstheoretisches Konstrukt, in: Milbradt, Björn/Albrecht, Yvonne/Biskamp, Floris/Kiepe, Lukas (Hg.): Ruck nach Rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Gegenstrategien, Opladen (im Erscheinen)
- Reif-Spirek, Peter (2016): AfD oder: Die Krise der Repräsentation, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2016, 25-28.
- Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht, Berlin
- Spiegel Online (2016): Islamkritik soll Schwerpunkt im neuen AfD-Programm werden, online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-programm-islamkritik-soll-schwerpunkt-werden-a-1081842.html> (20.09.16)
- Tagesschau (2016a): Mecklenburg-Vorpommern. Umfragen zu Flüchtlingspolitik, online: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/umfrage-fluechtlingspolitik.shtml> (20.09.16)
- Tagesschau (2016b): Mecklenburg-Vorpommern. Umfragen zur AfD, online: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/umfrage-afd.shtml> (20.09.16)
- Tagesschau (2016c): Mecklenburg-Vorpommern. Umfragen Ansichten zur Gesellschaft, online:

<https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/umfrage-gesellschaft.shtml> (20.09.16)
 Tagesschau (2016d): Mecklenburg-Vorpommern. Umfrage Wähler nach Tätigkeit, online: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/umfrage-job.shtml> (20.09.16)
 Tagesschau (2016e): Berlin. Umfragen Wähler nach Tätigkeit, <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/umfrage-job.shtml> (20.09.16)
 Tagesschau (2016f): Entscheidung zu Burkini-Verboten, online: <http://www.tagesschau.de/multi-media/video/video-210475.html> (20.09.16)
 Tagesschau (2016g): Berlin. Umfragen zur AfD, online: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/umfrage-afd.shtml> (20.09.16)
 Terkessidis, Mark (2004): Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive, Bielefeld

Autor

Floris Biskamp ist Politikwissenschaftler und Soziologe an der Universität Kassel. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen politische Theorie, Gesellschaftstheorie, politische Bildung, Religionspolitik, Postcolonial Studies, Rassismus, Antisemitismus, Islamismus und internationale Politik. Zuletzt erschien seine Monographie „Orientalismus und demokratische Öffentlichkeit. Antimuslimischer Rassismus aus der Perspektive von postkolonialer und neuerer kritischer Theorie“ (transcript 2016).

Angst als Thema einer rassismuskritischen Bildungsarbeit

Anne Broden

Floris Biskamp⁸ hat in seinem Beitrag deutlich gemacht, dass die Anhänger_innen der AfD (und sicherlich auch die Sympathisant_innen der Pegida-Bewegungen) die Merkmale sog. autoritärer Charaktere (Adorno 1973) aufzeigen. Diese werden als Radfahrernaturen (Institut 1991) beschrieben: sie buckeln nach oben und treten nach unten. Das autoritäre Individuum sieht sich den Herausforderungen der globalisierten Gesellschaft nicht gewachsen. Er_sie sucht nach Eindeutigkeit, nach Orientierung, nach einem starken Kollektiv, das ihm und ihr Sicherheit verspricht, simple Erklärungen für komplexe Problemlagen bietet und dem möglichst eine Führungsperson vorsteht, die sagt, ‚wo es lang geht‘. Die Organisationen, die diese Herausforderungen aktuell besonders gut zu erfüllen scheinen, sind die Pegida/*gida-Bewegungen und die AfD. Diese Organisationen erklären die Welt mit ihrer eindeutigen *wir-sie* Auftei-

lung. Das *wir* wird als deutsch, als dazugehörig suggeriert, während *sie* als *die Fremden, die Nicht-Dazugehörigen, als die Gefährlichen* konstruiert werden. Diese *Fremden* sind im aktuellen gesellschaftlichen Diskurs der Bundesrepublik vor allem (muslimische) Geflüchtete, aber auch längst in Deutschland beheimatete Muslim_innen oder als muslimisch markierte Menschen. Sie werden als gefährlich imaginiert (Stichworte: politischer Islam und Terror) und alle unerwünschten Eigenschaften der eigenen Person (z. B. der eigene Sexismus) werden auf sie projiziert (was *wir ihnen* unterstellen, gibt es bei *uns* angeblich nicht). Und weil diese Projektionen funktionieren, wird der_die Andere gefürchtet und gehasst. Der autoritäre Charakter braucht die Anderen, um – nicht zuletzt vor sich selbst – bestehen zu können. Der englische Rassismustheoretiker Stuart Hall hat dieses Phänomen in Bezug auf die Funktionsweise des Rassismus folgendermaßen pointiert: „Die [weißen] Engländer sind nicht deshalb rassistisch, weil sie die Schwarzen hassen, sondern weil sie ohne die Schwarzen nicht wissen, wer sie sind“ (Stuart Hall 1999, 93).

Die Ängste und der Hass begründen sich nicht mit der Andersartigkeit der Anderen, mit einer realen Gefahr, die von ihnen ausgeht; die Ursachen der Angst und des Hasses liegen vielmehr bei denjenigen, die die Angst und den Hass verspüren. Das Problem ist nicht die angstausslösende Differenz, sondern das identitäre Bedürfnis der Ängstlichen.⁹ „Wenn es keine Geflüchteten oder Musliminnen gäbe, vor denen sie Angst haben können, müssten sie entweder welche erfinden oder sich andere Objekte suchen“, schreibt Floris Biskamp.

Die *Objekte der Angst* werden von Parteien wie der AfD nach strategischen Gesichtspunkten ausgewählt. Entscheidendes Kriterium für die Auswahl ist die Anschlussfähigkeit an die jeweils aktuellen gesellschaftlichen Diskurse. So wurden zunächst die angeblich *faulen Südländer* gehasst, weil *sie unsere* Wirtschaftskraft kaputt machten. Dann waren es die Asylsuchenden und Geflüchteten und nun vor allem (geflüchtete) Muslim_innen, denn sie werden in vielen gesellschaftlichen Bereichen, also nicht nur im rechtspopulistischen und extrem rechten Spektrum, mit dem politischen Islam, mit Terror und Sexismus in Verbindung gebracht.

Aufgrund der Funktionsweise der je Anderen als Projektionsfläche und Sündenbock ist es nicht sinnvoll, sich an die vermeintlich Ängstlichen mit harten Fakten, historisch politischer Bildung oder Vernunftappellen zu richten. Auch ist es proble-

⁹ Interessanterweise verspüren diese Menschen scheinbar keine Angst vor den im Namen der Terrorbekämpfung vorgenommenen politischen Maßnahmen, die die Freiheitsrechte der Bürger_innen in Deutschland einschränken, obwohl doch gerade diese Rechte einen Kernbestand der Bundesrepublik Deutschland ausmachen, also als identitär beschrieben werden können.

⁸ Siehe Artikel in dieser Ausgabe des *Überblicks*.

matisch, die ‚Ängste ernst zu nehmen‘, denn sie beruhen eben auf Projektionen und nicht auf Fakten; sie sind anschlussfähig an die rassistischen Diskurse der gesellschaftlichen Mitte und erhalten auch dadurch ihre scheinbare Plausibilität. „Ängste ernst zu nehmen“ hieße den Anschein zu erwecken, die Ängste seien berechtigt. „Es ist nicht einzusehen, warum Wählerinnen vor diesem Hintergrund nicht AfD wählen sollten“, problematisiert Biskamp diese Strategie.

Eine rassismuskritische Bildungsarbeit sollte nicht die vermeintlichen Ängste ernst nehmen, sondern die Menschen als für ihr Tun verantwortliche Subjekte. Pädagog_innen und politische Bildner_innen sollten sich von den phantasmatischen Ängsten deutlich distanzieren und beharrlich darauf verweisen, dass es geflüchtete und muslimische Menschen sind, die sich in Deutschland fürchten müssen, beispielsweise Opfer eines rassistischen oder rechtsextrem motivierten Anschlags oder Übergriffs zu werden. M. E. geht es nicht darum, über die Berechtigung oder Plausibilität von vermeintlichen Ängsten zu sprechen, denn Ängste sind nicht einfach mit rationalen Argumenten zu bearbeiten. Aufgabe einer rassismuskritischen Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung beispielsweise mit AfD-Anhänger_innen oder Pegida-Sympathisant_innen kann es nur sein, im öffentlichen Raum Gegenöffentlichkeit herzustellen, also deutlich zu machen, dass den rassistischen und nationalchauvinistischen Attitüden kein Platz eingeräumt wird.

Auch in der rassismuskritischen Jugendbildungs- und -sozialarbeit kann eine Lehrerin, ein Jugendsozialarbeiter oder eine politische Bildnerin schnell zum Hamster im Rad werden, wenn sie_er sich auf eine Diskussion mit rechtsaffinen Jugendlichen einlässt. Ernst zu nehmen ist nicht ihre angebliche Angst vor den *Fremden*, den je Anderen, ernst zu nehmen ist die Angst der Jugendlichen, keinen Ausbildungsplatz zu bekommen oder die Ratlosigkeit, die mit der Entscheidung für eine Ausbildung einhergeht. Ernst zu nehmen sind die Konflikte der Jugendlichen im Elternhaus oder in der Schule sowie die Ursachen ihrer Anfälligkeit für die rechtspopulistische Propaganda, z. B. mögliche Gewalterfahrungen, sicherlich mangelnde Erfolge, fehlende Annahme und Wertschätzung sowie Selbstwirksamkeitserlebnisse etc. Das in seiner Identität verunsicherte jugendliche Subjekt muss in den Blick der Pädagogik rücken, nicht seine Projektionen und Feindbilder. Erwachsene autoritäre Subjekte sind nicht zu pädagogisieren, sondern politische Gegner_innen, dies macht Biskamp unmissverständlich deutlich. Im politischen Feld muss ihnen mit fachlicher, argumentativer und rhetorischer Kompetenz begegnet werden, d. h. ihren aus dem Kontext gerissenen Zitatensammlungen, ihrem Themenhopping, ihren vermeintlich wissenschaftlichen Fakten, ihren rassistischen und nationalchauvinistischen

Ressentiments, ihrer Selbstpräsentation als die eigentlichen Demokraten und Vertreter des Volkes etc.¹⁰

Rechtsaffine Jugendliche und rassismuskritische Bildungsarbeit

Jugendarbeit und Pädagogik allgemein sind keine Reparaturwerkstätte für gesellschaftliche Problemlagen, auch wenn beispielsweise die oftmals in den Jugendministerien angesiedelten Programme gegen Rechtsextremismus und Rassismus genau dieses Verständnis nahe legen. Zugleich ist es natürlich so, dass auch Jugendliche extrem rechte oder rechtspopulistische Äußerungen tätigen oder entsprechend handeln. Insofern kann sich eine kritische Jugendbildungs-, -sozial- und -verbandsarbeit nicht diesem Themenfeld verschließen, zumal eine menschenrechtsorientierte Haltung nicht in unseren Genen eingelagert ist, sondern immer wieder aufs Neue angeeignet werden muss.

Rechtsaffine Jugendliche sind zwar rassistisch bzw. für rassistisch unterfütterte und nationalchauvinistische Argumente offen und benutzen sie selbst, aber solange sie nicht ausschließlich in rechten Kreisen unterwegs sind, sondern auch noch Kontakte zu anders gesinnten Jugendlichen, Familienangehörigen und Pädagog_innen haben, besteht noch die Chance auf Veränderungen. Hingegen sind rechtsextreme und in entsprechende Gruppen und Parteien eingebundene Jugendliche kaum noch für eine menschenrechtsorientierte Haltung erreichbar. Mit rechtsextremen geschulten Jugendlichen zu diskutieren „ohne den Verstand zu verlieren“ (Schleicher 1997) ist kaum möglich. Eltern, Lehrer_innen, Pädagog_innen sollten sich davor schützen, zum Hamster im Rad zu werden.

Inhalte der Bildungsarbeit¹¹

Rassismuskritische Bildungsarbeit beruht nicht nur auf Informationen, beispielsweise über Fluchtursachen, und sie versucht moralische Belehrungen zu vermeiden, denn Moral ist an sich noch

¹⁰ Strategien zum Umgang mit Rechtspopulist_innen: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/rechtspopulistische-gespr%C3%A4chsstrategien-eine-%C3%BCbersicht-10930>

¹¹ In diesem Beitrag geht es mehr um grundlegende Aspekte einer rassismuskritischen Bildungsarbeit. Wie diese umzusetzen sind, ob in einem Musikworkshop, einem medienpädagogischen Seminar (Tipps unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/hetze-gegen-fluechtlinge.pdf>), einem internationalen Austauschprogramm oder in der Debatte um die Öffnung der Jugendeinrichtung für Geflüchtete (Tipps unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/juan/15-punkteplan_web.pdf) – dies werden die Jugendsozialarbeiter_innen, die Medienpädagog_innen und Lehrer_innen selbst wissen. Interessante Informationen bietet in diesem Kontext die Vielfalt-Mediathek des IDA e. V., die Multiplikator_innen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit sowie engagierten Bürger_innen kostenfrei per Ausleihe oder zum Download Material zu Themen wie Prävention und Intervention bei Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus u. a. zur Verfügung stellt: <http://www.vielfalt-mediathek.de/>.

kein überzeugendes Argument. Sie ist nicht als Gegensatz zur „formalen“ Bildung (im Sinne einer nur kognitiven Wissensvermittlung) zu verstehen, geht jedoch über die kognitive Wissensvermittlung hinaus und zielt auf soziale Fähigkeiten, die die je Anderen in das Denken, Fühlen und Handeln integrieren und nicht etwa zu Sündenböcken und Gefahrenträgern abstempeln. Im Kontext rechter Ideologien werden nicht nur *ethnisch/national* oder *kulturell Andere* zum Feind und zur Gefahr deklariert, sondern auch Lesben und Schwule, Wohnungslose, Hartz-IV-Empfänger_innen etc. Pluralität und die Anerkennung von Differenz stehen der rechten Ideologie diametral entgegen, denn sie zielt auf Homogenität und die Durchsetzung partikularer Interessen. Rechtsaffine Jugendliche für Pluralität und die Anerkennung von Differenz, also von unterschiedlichen Lebensentwürfen und -realitäten, zu gewinnen, heißt demnach, ihre Erfahrungen von eigener Ausgrenzung, eigener Nicht-Anerkennung und Nicht-Wertschätzung zu thematisieren. Dabei geht es nicht um eine Gleichsetzung mit den problematischen, auch traumatisierenden Erfahrungen geflüchteter Jugendlicher – schließlich sind Kriegs- und Fluchterfahrungen, der Verlust von nahestehenden Familienangehörigen und Freund_innen für die wenigsten hier in Deutschland aufgewachsenen Jugendlichen nachempfindbar. Aber das gegenseitige Erzählen und Kennenlernen kann bei Jugendlichen, die noch emotional ansprechbar, die noch nicht gänzlich indoktriniert sind, Impulse von Verständnis und Empathie ermöglichen. Bildungssettings zu organisieren, die einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch ermöglichen, sind ein sinnvoller Ansatz einer rassismuskritischen Bildungsarbeit. Sie bedürfen allerdings einer migrationspädagogischen, also vor allem einer differenz- und repräsentationssensiblen Kompetenz, denn ‚Begegnung‘ an sich ist noch kein anerkennung- und empathieförderndes Programm.

Auch die eigene Vielfältigkeit der Jugendlichen zum Thema zu machen, also auf ihre eigene identitäre Vielfalt (als Mädchen, als schwul, als Katholik oder a-religiös, als gesund, als ganz gut gebildet, als ...) zu verweisen, kann gegen essentialisierende Zuschreibungen wirksam sein. Wenn Jugendliche erkennen, dass sie nicht einfach nur ‚deutsch‘ oder ‚weiß‘ sind (was auch immer dies heißt, wäre sicherlich auch ein interessantes Thema ...), dass ihre Identität aus vielen sehr unterschiedlichen Facetten zusammengesetzt ist, kann dies dazu führen, dass die unterschiedlichen identitären Merkmale der Anderen auch als ‚normal‘ und berechtigt anerkannt werden und dass sie nicht auf ihre Herkunft oder Religion reduziert werden dürfen.

Rassismuskritische Bildungsarbeit beinhaltet auch Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen und nimmt insofern die Kritik rechtsaffiner Jugendlicher, ihre Abwendung von diesen gesellschaftli-

chen Verhältnissen ernst. Diese Jugendlichen sind nicht politisierter oder kritischer als andere. Oftmals fällt es ihnen schwer, ihr Unbehagen an den gesellschaftlichen Verhältnissen zu artikulieren, vor allem wenn dieser Artikulationsversuch über stupide Parolen hinausgeht. Aber dass sie Unbehagen empfinden, bietet einen Ansatzpunkt für die Bildungsarbeit, beispielsweise wenn die Erfahrung reflektiert wird, dass in der Schule zwar von Demokratie gesprochen wird, in der Realität aber oftmals Schule als ein Ort der Selektion, der machtvollen Durchsetzung von Richtlinien und Erwartungshaltungen erlebt wird, an deren Erarbeitung und Festlegung die Schüler_innen nicht eingeladen sind mitzuarbeiten. Demokratie, Gerechtigkeit, Partizipation werden berechtigterweise oftmals als Worthülsen empfunden und dies gilt nicht nur für das Schulsystem, sondern auch für die Erziehungsstile im Elternhaus. Aber die von Rechtspopulist_innen geschürten Ängste und Projektionen lenken autoritäre, rechtsaffine Jugendliche von den realen Problemfeldern ab. Sie werden durch die rechte Propaganda nicht zu mündigen Bürger_innen – das wäre in der Tat das Gefährlichste für die Rechtspopulist_innen selbst –, sondern zur Marionette derer Ziele. Eine Bildungsarbeit, die die erfahrenen Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit des deutschen Schulsystems zum Thema macht, kann dazu beitragen, das empfundene Unbehagen einzuordnen. Den geschürten Ängsten und Projektionen kann damit wirkungsvoll begegnet werden.

Eine rassismuskritische Bildungsarbeit steht vor der Herausforderung, nicht nur Rassismus und Autoritarismus zu problematisieren, vielmehr muss sie zugleich einen Umgang mit der globalisierten Gesellschaft aufzeigen, also Orientierungen bieten im Gestrüpp von Wahlmöglichkeiten und Entscheidungsnotwendigkeiten, für den Umgang mit der möglichen Gefahr, falsche Entscheidungen zu treffen, und all dies ohne Zuflucht zu suchen in neuen Feindbildern.

Die notwendige Ambiguitätstoleranz, also das Aushalten von Uneindeutigkeiten und auch von Unsicherheiten, setzt eine psychische Stabilität voraus, auf die viele rechtsaffine Jugendliche nicht bauen können. Hier wird die notwendige Verwobenheit von politischer Bildung und sozialer Arbeit im Umgang mit den Jugendlichen deutlich, denn die angestrebte Artikulationsfähigkeit, die Kompetenz, eigene Wünsche und Bedürfnisse zu benennen, aber eben auch die Wünsche und Bedürfnisse anderer als berechnete Anliegen anzuerkennen, setzt ein Bewusstsein für gesellschaftliche Teilhabe und Gerechtigkeit sowie ein stabiles psychisches Gerüst voraus, u. a. um selbstreflexiv und kritisch das eigene Tun, eigene Bedürfnisse und die eigene Verantwortlichkeit betrachten zu können, um Niederlagen wegstecken zu können und angesichts sehr komplexer Lebensrealitäten nicht zu verzweifeln. Eine selbst-

bewusste und selbstreflexive Persönlichkeit muss nicht über *Muslims, Schwule, Wohnungslose* etc. herziehen, geschweige denn ihr gewaltvoll begegnen. Aber das Plädoyer für die Anerkennung von gesellschaftlicher Heterogenität läuft zwangsläufig ins Leere, wenn sie auf einen Menschen trifft, der das eigene Ich nur über die Abwertung der Anderen zu definieren weiß.

Die Betroffenen der Gewaltverhältnisse nicht aus den Augen verlieren

Es ist bereits im Text angeklungen: Diejenigen, die berechnete Ängste haben, sind in diesem Land nicht die Anhänger_innen von Pegida und AfD, sondern vor allem Geflüchtete und muslimische bzw. als solche markierte Menschen, aber auch andere rassistisch und antisemitisch diskreditierbare Personen.

Geflüchtete sind nicht nur teilweise von den Kriegen und der Gewalt in ihren Herkunftsländern sowie den schwierigen und vor allem gefährlichen Fluchtwegen gezeichnet, teilweise traumatisiert. Sie müssen nun auch mit oftmals schwierigen Unterkunftssituationen umgehen, wissen nicht, ob ihre Anträge auf Asyl anerkannt werden oder ob ihnen die Abschiebung droht; sie stoßen auf Probleme mit der Anerkennung ihrer Schul- und Berufsabschlüsse, hängen in Warteschleifen für Deutschkurse und/oder Ausbildungsplätze, müssen sich Sorgen um die Familienangehörigen und Freund_innen in der Heimat machen etc. Und neben dem bereits erwähnten ungesicherten Aufenthaltstatus stellt vor allem die rassistisch aufgeladene Stimmung in Deutschland eine reale Gefahr für ihr Leben dar. Die Anschläge auf Geflüchtetenunterkünfte, verbale Beleidigungen und tätliche Angriffe haben im vergangenen Jahr einen beispiellosen Anstieg erfahren. Immer wieder gab es pogromartige Ausschreitungen und es sind nicht „nur“ extrem Rechte, die da beleidigen, attackieren, Brandsätze legen und Menschen angreifen, es sind oftmals auch die „ganz normalen“ Nachbar_innen einer Unterkunft, es sind Frauen und Männer der gesellschaftlichen Mitte, die pöbeln, hetzen, angreifen.

Nun ist der Schutz von Geflüchteten und ihren Unterkünften keine Aufgabe für die Jugendsozial- und bildungsarbeit. Aber Solidarität mit den Betroffenen der herrschenden Gewaltverhältnisse ist m. E. ein wichtiges Thema für eine rassistuskritische Bildungsarbeit, die sich ganz praktisch in einem guten Kontakt mit Geflüchteten oder mit anderen rassistisch diskreditierbaren Menschen äußert, die beispielsweise in der unmittelbaren Umgebung eines Hauses der Offenen Tür oder der Schule, des Sportvereins oder der Kirchengemeinde leben. Damit ist keine paternalistische Hilfe gemeint, kein Besuch der Moschee ohne Gegenbesuch und ohne Kontakt mit den Menschen. Traumatisierte Geflüchtete, Menschen, die rassistische Gewalt bereits erleben mussten,

brauchen psycho-soziale Begleitung, juristische Unterstützung bei der Erstattung von Strafanzeigen und bei ihrem Asylverfahren, brauchen mehr Sicherheit in ihren Unterkünften und die uneingeschränkte Solidarität der Gesellschaft. Für die psychosoziale und juristische Begleitung sind die in den vergangenen Jahren aufgebauten Beratungsstellen, z. B. die Opferberatung Rheinland (OBR, <https://www.opferberatung-rheinland.de/beratung/>), zuständig. Solidarität und Unterstützung bei der Organisation des täglichen Lebens leisten nach wie vor viele Ehrenamtliche und auch Jugendbildungseinrichtungen öffnen ihre Häuser für junge Geflüchtete, ermöglichen gemeinsame Aktivitäten wie Ferien- und Freizeitmaßnahmen etc. Solidaritätsbekundungen bei Anschlägen bieten ebenfalls Möglichkeiten, Jugendliche auf die Lebensrealität von (jungen) Geflüchteten oder rassistisch diskreditierbaren Menschen aufmerksam zu machen und die Betroffenen nicht allein zu lassen. Zivilgesellschaftliche Träger wie Gewerkschaften, Kirchen und Jugendverbände können aktiv werden für die Einforderung von Geldmitteln für den Aufbau bzw. die Ausweitung flächendeckender Angebote zur psychosozialen und juristischen Begleitung der Menschen – angesichts der bevorstehenden Wahlen gibt es sicherlich zahlreiche Möglichkeiten, den Kandidat_innen und Parteien „auf die Füße zu treten“. Gleiches gilt für den Ausbau der Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie entsprechenden Bildungseinrichtungen und -angeboten.

Zivilgesellschaftliche Akteure sollten sich zu Wort melden, wenn Politiker_innen und Medienvertreter_innen mit kollektivierenden Schuldzuweisungen operieren, wie dies immer wieder nach Terroranschlägen oder nach der Silvesternacht in Köln geschehen ist. So ist beispielsweise sexualisierte Gewalt ein gesamtgesellschaftliches Problem, das eine differenzierte Auseinandersetzung mit Sexismus und Gewalt erfordert.

Es ist m. E. von großer Bedeutung, nicht immer nur auf die Täter_innen zu schauen, sondern vermehrt die Betroffenen der rassistischen Gewaltverhältnisse in den Blick zu nehmen. Es wäre ein interessantes Thema für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit darüber zu diskutieren, was es eigentlich bedeutet bzw. über unsere Gesellschaft aussagt, wenn die rassistische Gewalt beispielsweise in Sachsen vorzugsweise unter dem Gesichtspunkt der Gefährdung des Wirtschaftsstandortes thematisiert und kein Wort über die Betroffenen der Gewalt verloren wird.

(Weltwirtschaftliche) Fluchtursachen, Fluchtwege, Asylgesetzgebung, Abschiebung, Bedingungen der Inklusion, Rassismus und Antisemitismus immer wieder zum Thema und erlebbar zu machen, ist meines Erachtens eine große Chance für die rassistuskritische Bildungsarbeit. Es geht aber eben nicht nur um Fachinformationen, sondern

vor allem um die Entwicklung von Empathiefähigkeit und um die Herausbildung eines Bewusstseins für eigene Privilegien, denn Empathie für die weniger Privilegierten zu empfinden ist wohl die Voraussetzung für ein kritisches und solidarisches Bewusstsein und Engagement.

Literatur

Adorno, Theodor W. (1973 [1950]): Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a. M.

Hall, Stuart (1999): Ein Gefüge von Einschränkungen. Gespräch zwischen Stuart Hall und Christian Höller, in: Jan Engelmann (Hg.): Die kleinen Unterschiede. Frankfurt a. M./New York

Schleicher, Hubert (1997): Wie man mit Fundamentalisten diskutiert, ohne den Verstand zu verlieren. Anleitung zum subversiven Denken, München

Autorin

Anne Broden ist Leiterin des IDA-NRW.

Literatur und Materialien

... zum Thema Rechtsextremismus

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (Hg.): „Ich will die Wahrheit“. Über rassistische Routinen und den NSU-Terror – Zur Aufklärungsarbeit im Theater, Berlin o. J.

Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Hg.): Themenheft Rechtspopulismus, Berlin 2016

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016 (Forschung Psychozial), Gießen: Psychozial, 2. Aufl., 2016

Nierth, Markus/Streich, Juliane: Brandgefährlich. Wie das Schweigen der Mitte die Rechten stark macht. Erfahrungen eines zurückgetretenen Ortsbürgermeisters, Berlin: Christoph Links, 2016

Oskamp, Nils: Drei Steine (Bd. 1), Stuttgart: Panini, 2016

Quent, Matthias: Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2016

Rehberg, Karl-Siebert/Kunz, Franziska/Schlinzig, Tino (Hg.): Pegida – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Ana-

lysen im Überblick (X-Texte), Bielefeld: transcript, 2016

Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus (Edition Rechtsextremismus), Wiesbaden: Springer VS, 2016

Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg (Hg.): Blätter der Wohlfahrtspflege. Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit. Schwerpunkt: Rechtsextremismus, 163. Jg., Ausgabe 3/2016, Baden-Baden: Nomos, 2016

... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Rassismuskritik

Antirassistische Initiative e. V., Dokumentationsstelle (Hg.): Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen (1993-2015). Dokumentation 2012-2015, Heft III, 23. aktualisierte Aufl., Berlin 2016

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V./Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (Hg.): Inklusive Gesellschaft – Teilhabe in Deutschland (Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bd. 15), Baden-Baden: Nomos, 2015

Biskamp, Floris: Orientalismus und demokratische Öffentlichkeit. Antimuslimischer Rassismus aus Sicht postkolonialer und neuerer kritischer Theorie (Postcolonial Studies, Bd. 27), Bielefeld: transcript, 2016

Bliemetsrieder, Sandro/Gebrande, Julia/Jaeger, Arndt u. a. (Hg.): Bildungsgerechtigkeit und Diskriminierungspolitik. Historische und aktuelle Perspektiven auf Gesellschaft und Hochschulen, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2016

Bozay, Kemal/Borstel, Dierk (Hg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft (Edition Centaurus – Jugend, Migration und Diversity), Wiesbaden: Springer VS, 2017

Brüning, Christina/Deile, Lars/Lücke, Martin (Hg.): Historisches Lernen als Rassismuskritik (Forum historisches Lernen), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2016

Butter, Michael/Franke, Astrid/Tonn, Horst (Hg.): Von Selma bis Ferguson – Rasse und Rassismus in den USA (American Culture Studies, Bd. 15), Bielefeld: transcript, 2016

Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) (Hg.): POLIS. Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung. Schwerpunkt

„Rassismuskritische Bildung“, 20. Jg., Heft 2/2016, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2016

Fereidooni, Karim: Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen im Schulwesen. Eine Studie zu Ungleichheitspraktiken im Berufskontext (Research), Wiesbaden: Springer VS, 2016

Fereidooni, Karim/El, Meral (Hg.): Rassismuskritik und Widerstandsformen, Wiesbaden: Springer VS, 2017

Höhn, Maria/Klimke, Martin: Ein Hauch von Freiheit? Afroamerikanische Soldaten, die US-Bürgerrechtsbewegung und Deutschland (Histoire, Bd. 89), Bielefeld: transcript, 2016

Möller, Kurt/Grote, Janne/Nolde, Kai u. a.: „Die kann ich nicht ab!“ – Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt bei Jugendlichen in der (Post-)Migrationsgesellschaft (Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration), Wiesbaden: Springer VS, 2016

Stender, Wolfram (Hg.): Konstellationen des Antiziganismus. Theoretische Grundlagen, empirische Forschung und Vorschläge für die Praxis, Wiesbaden: Springer VS, 2016

... zu den Themen NS und Vergangenheitspolitiken

Kather, Brigitte: Die Vermittlung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Identitätsentwicklung Jugendlicher (European Studies in Education, Vol. 32), Münster/New York: Waxmann, 2016

Ludwig, Bastian: Kolonialismus und Imperialismus. Die Deutschen und die Herero (Geschichtsunterricht praktisch), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2016

... zu den Themen Migration und Migrationsgesellschaft

Amadeu Antonio Stiftung/Pro Asyl (Hg.): 10 Punkte für das Engagement mit Flüchtlingen, Berlin 2016

Annen, Niels/Dörre, Klaus/Gleicke, Iris u. a. (Hg.): spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. Heftschwerpunkt „Flucht und Migration“, Heft 214, Ausgabe 3/2016, Dortmund: spw-Verlag, 2016

Bayat, Masoumeh: Die politische und mediale Repräsentation in Deutschland lebender Muslime. Eine Studie am Beispiel der Deutschen Islam

Konferenz (Research), Wiesbaden: Springer VS, 2016

Brinkmann, Heinz Ulrich/Sauer, Martina (Hg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration. Lehrbuch, Wiesbaden: Springer VS, 2016

Costadura, Edoardo/Ries, Klaus (Hg.): Heimat gestern und heute. Interdisziplinäre Perspektiven (Histoire, Bd. 91), Bielefeld: transcript, 2016

Fetzer, Joel S.: Open Borders and International Migration Policy: The Effects of Unrestricted Immigration in the United States, France, and Ireland, London: Palgrave Macmillan – Palgrave Pivot, 2016

Hunger, Uwe/Schröder, Nils Johann (Hg.): Staat und Islam. Interdisziplinäre Perspektiven (Islam und Politik), Wiesbaden: Springer VS, 2016

International Women Space (Hg.): In our own words. Refugee Women in Germany tell their stories. In unseren eigenen Worten. Geflüchtete Frauen in Deutschland erzählen von ihren Erfahrungen, Berlin 2015

Korteweg, Anna C./Yurdakul, Gökçe: Kopftuch-Debatten in Europa. Konflikte um Zugehörigkeit in nationalen Narrativen (Globaler lokaler Islam), Bielefeld: transcript, 2016

Kramer, Dieter: Fremde gehören immer dazu. Fremde, Flüchtlinge, Migranten im Alltag von Gestern und Heute, Marburg: Jonas, 2016

Oltmer, Jochen: Migration vom 19. bis zum 21. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 86), Berlin/Boston: de Gruyter Oldenbourg, 3. aktualisierte u. erweiterte Aufl., 2016

... zum Thema Migrationspädagogik

Arbeiter-Samariter-Bund NRW e. V./Lesben- und Schwulenverband/Der Paritätische Gesamtverband (Hg.): Handreichung für die Betreuung und Unterstützung von LSBTTI*-Flüchtlingen, 2. Aufl., Köln 2016

Bär, Christine: Migration im Jugendalter. Psychosoziale Herausforderungen zwischen Trennung, Trauma und Bildungsaufstieg im deutschen Schulsystem (Forschung Psychosozial), Gießen: Psychosozial, 2016

Detemple, Katharina: Zwischen Autonomiebestreben und Hilfebedarf. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Jugendhilfe (Soziale Arbeit Ak

tuell, Bd. 22), Baltmannsweiler: Schneider, 3. unveränderte Aufl., 2016

Doğmuş, Asyun/Karakaşoğlu, Yasemin/Mecheril, Paul (Hg.): Pädagogisches Können in der Migrationsgesellschaft, Wiesbaden: Springer VS, 2016

Goll, Thomas/Oberle, Monika/Rappenglück, Stefan (Hg.): Herausforderung Migration: Perspektiven der politischen Bildung (Schriftenreihe der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE)), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2016

Imm-Bazlen, Ulrike/Schmieg, Anne-Kathrin: Begleitung von Flüchtlingen mit traumatischen Erfahrungen, Berlin/Heidelberg: Springer, 2017

Karhan, Serhat: Türkische Lehrkräfte der ersten Stunde. Erfahrungen pädagogischer Professionalität in Nordrhein-Westfalen (Bildung und Gesellschaft), Wiesbaden: Springer VS, 2016

Schulze, Heidrun/Loch, Ulrike/Gahleitner, Silke Birgitta (Hg.): Soziale Arbeit mit traumatisierten Menschen. Plädoyer für eine Psychosoziale Traumatologie (Grundlagen der Sozialen Arbeit, Bd. 28), Baltmannsweiler: Schneider, 3. unveränderte Aufl., 2016

Zartbitter e. V. (Hg.): Flüchtlingskinder vor Gewalt schützen. Eine Arbeitshilfe zur Entwicklung von institutionellen Kinder-/Gewaltschutzkonzepten für Gemeinschaftsunterkünfte, Köln: Zartbitter Verlag, 2016

... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe

Weiß, Wilma/Kessler, Tanja/Gahleitner, Silke Birgitta (Hg.): Handbuch Traumapädagogik, Weinheim/Basel: Beltz, 2016